



BRIEF AUS BERLIN – NR. 29/2016

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Zukunftsfeste Rente
- + Öffentliche Sicherheit gewährleisten
- + Schutz vor Einbruchskriminalität
- + Integrationsgesetz
- + Tschernobyl und Fukushima
- + Fracking
- + Schutz der sexuellen Selbstbestimmung
- + Buchpreisbindung erhalten
- + Netzwerk Berlin: Parlamentsreform
- + Reform Pflegeberufe
- + Apfelweinanstich
- + Girls' Day
- + Förderung Breitbandausbau

Aus dem Wahlkreis

- + Nach der Kommunalwahl
- + Pressemitteilungen
- + Termine

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche ging es im Plenum des Deutschen Bundestages wieder heiß her: Anlass dazu war das Thema Fracking, das durch die Grünen und die Linken wieder auf die Tagesordnung gerufen wurde. Ich hege ernste Bedenken gegenüber Fracking und bin für klare Regelungen und Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen jegliche Umweltrisiken vermeiden, dies hat auch der Gedenktag anlässlich der Atomkatastrophe in Fukushima 2011 wieder einmal gezeigt.

Ein weiteres Thema, das wir Sozialdemokraten uns wohl überlegen müssen, ist das Thema Rente. Noch immer sind wir der Auffassung, dass schnellstmöglich eine solidarische Mindestrente her muss

und dass wir die Angleichung der Renten in Ost und West erreichen müssen. Daher begrüßen wir es, dass unsere Arbeitsministerin für Herbst entsprechende Vorschläge angekündigt hat. Dasselbe gilt für vermehrte Anstrengungen im Bereich der Pflege, verbunden mit einer Reform.

Wir Sozialdemokraten wünschen uns eine gerechtere Gesellschaft, in der jeder ein Recht auf Teilhabe und Sicherheit hat. Damit dies in die Praxis umgesetzt wird, haben wir im Bundestag eine Konferenz zur öffentlichen Sicherheit veranstaltet, um hieraus entsprechenden Input zu ziehen. Gleiches gilt für einen besseren Schutz vor Einbruchskriminalität, den wir in einem Koalitionsantrag fordern. Eine bessere Durchsetzung von Recht auf gleiche Teilhabe und Partizipation setzen wir in unserem Integrationsgesetz um, das im Kontext der Zuwanderung einen nochmals besonderen Stellenwert erhält. In diesem Kontext bedarf es besonderen Schutz für eine Gruppe in der Gesellschaft: den Frauen. Mit dem Gesetzentwurf zur sexuellen Selbstbestimmung stärken wir ihre Rechte, in dem die Schwellen für Strafverfolgung bei sexuellen Belästigungen und Übergriffen herabgesetzt werden.

Doch es gilt nicht nur die Rechte der Frauen in unserer Gesellschaft zu stärken, sondern sie auch in besonderen Kontexten zu fördern und zu begeistern: Dieses Ziel hat sich der Girls' Day zu eigen gemacht, indem an diesem Tag junge Mädchen „klassische Männerberufe“ kennen lernen und sich bestenfalls hierfür begeistern. Ich hatte das Glück, eine aufgeschlossene und sympathische junge Frau aus Idstein bei mir im Bundestag begrüßen zu dürfen. Ihre Eindrücke schildert die 15-jährige Salome Ax in diesem Brief aus Berlin.

Für meine Region gibt es ansonsten positive Nachrichten, zumindest im Kontext Digitalisierung: So konnten diese Woche Förderbescheide zum Breitbandausbau für meine beiden Landkreise überreicht werden. Darüber freue ich mich sehr! Diese Woche gab es ebenso auch weiteren Besuch aus Hessen: Beim 7. Berliner Apfelweinanstich trafen wieder alte Bekannte aus der Region mit hessischen Abgeordneten zusammen. Auf Abenden wie diesen entstehen auch bei Politikerinnen und Politikern besondere Ideen.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Martin Rabanus, MdB

Zukunftsfeste Rente: Wohlüberlegtes Gesamtkonzept statt Schnellschuss



Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, soll im Alter von seiner Rente gut leben können. Für die SPD ist das ein Grundpfeiler eines funktionierenden Sozialstaats. Unser Rentensystem muss deshalb zukunftsfest gemacht, an sich verändernde demografische Rahmenbedingungen angepasst werden. Dafür brauchen alle drei Säulen der Alterssicherung, gesetzliche, betriebliche und private Altersversorgung, eine Neujustierung. Weder Schnellschüsse noch Panikmache sind in diesem Prozess hilfreich. Deshalb sollen im Herbst entsprechende Vorschläge von Arbeitsministerin Andrea Nahles diskutiert werden und daraus ein sozialdemokratisches Zukunftskonzept der Rente entwickelt werden.

Folgende rentenpolitische Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag können jedoch nicht warten: eine solidarische Mindestrente für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die Stärkung der Betriebsrente und die Prüfung einer weiteren Ost-West-Angleichung der Renten. Hier kann die Union sich einbringen und beweisen, ob sie es ernst meint mit der Sicherung der Renten.

Nur ein handlungsfähiger Staat kann öffentliche Sicherheit gewährleisten



Die öffentliche Sicherheit bestimmt unter anderem die Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürgern. Sie ist für die SPD-Fraktion ein Kernthema. Deshalb stand am Mittwoch auf unserer Fachkonferenz „Öffentliche Sicherheit in Deutschland“ der Austausch mit über 300 Vertreterinnen und Vertretern von Polizei, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und anderen Hilfsorganisationen im Mittelpunkt. Für uns steht fest: Staatliche Sicherheitsbehörden müssen personell und technisch gut ausgestattet sein. Die SPD hat deshalb in der Großen Koalition bereits 3.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei durchgesetzt. Wir fordern Bund und Länder auf, bis 2019 die Polizei um 12.000 neue Stellen zu verstärken; 6.000 bei der Landes- und 6.000 bei der Bundespolizei. Das sind 3.000 Stellen mehr, als der Bund bisher beschlossen hat. Zu letzterem kann sich unser Koalitionspartner bisher nicht durchringen.

Auf der Klausur der Fraktionsspitzen in Rust haben wir uns auf ein Ein- und Ausreiseregister an EU-Außengrenzen die Schaffung eines europäischen Terrorabwehrzentrums sowie die Reform des BKA-Gesetzes geeinigt.

Besserer Schutz vor Einbruchskriminalität



Viele Menschen in Deutschland haben Sorge, Opfer von Einbruchskriminalität zu werden. Die Anzahl der Einbrüche ist stark gestiegen. Für die SPD-Fraktion ist es deshalb sehr wichtig, dass alle Menschen sich und ihre Wohnungen oder Häuser schützen können, und zwar unabhängig, davon, ob sie reich sind oder nicht.

Deshalb haben wir, zusammen mit dem Koalitionspartner auf der Klausur in Rust den Beschluss gefasst, die jährlichen Mittel des KfW-Programms „Kriminalprävention durch Einbruchschutz“ von bisher 10 Mio. Euro auf künftig 50 Mio. Euro jährlich aufzustocken.

Denn die Erfahrung zeigt: 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken, weil Sicherungstechnik einen Einbruch erschwert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass das Programm durch niedrigere Schwellenwerte bei der Mindestinvestitionssumme nun deutlich mieterfreundlicher ausgestaltet wird.

Private Prävention ersetzt aber kein staatliches Handeln. Deshalb sehen wir die von uns geforderte bessere Ausstattung der Polizei als wichtigen weiteren Schritt zum Schutz vor Einbruchskriminalität.

Integrationsgesetz erfüllt Grundsatz „Fördern und Fordern“



Integration gelingt nicht von allein. Sie stellt Anforderungen an die Menschen, die neu in unser Land kommen und an diejenigen, die schon hier leben. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu wahren, müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, denn Versäumnisse beim Integrieren sind schwer aufzuholen.

Die Einigung auf die Eckwerte zum Integrationsgesetz ist daher ein wichtiger Schritt. Denn erstmals wird klar geregelt, was wir den Menschen anbieten, die bei uns Schutz suchen, hier bleiben möchten – und was wir von ihnen erwarten. Damit hat die SPD ihren zentralen Ansatz des „Fördern und Forderns“ in der Integrationspolitik durchgesetzt. Das Gesetz wollen wir zügig umsetzen. Deshalb soll Ende Mai der Integrationsgesetzentwurf beschlossen werden und zügig ins Parlament kommen. Analog müssen Bund, Ländern und Kommunen einen fairen Weg zur Verteilung der finanziellen Lasten finden. Nach dem Integrationsgesetz muss ein Einwanderungsgesetz kommen, dass die Einwanderung im Interesse von Deutschland und seinen Menschen verantwortungsvoll steuert.

Risiken der Atomkraft: Tschernobyl und Fukushima mahnen



Den Abgeordneten lag am Freitag ein Antrag von SPD und CDU/CSU mit dem Titel „[Tschernobyl und Fukushima mahnen](#)“ vor. Beim Super-GAU im Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl am 26. April 1986 im Norden der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität, die in der Folge mehr als 200.000 Quadratkilometer in ganz Europa konterminierte. In der Folge der Katastrophe kam es zu schwerwiegenden politischen Fehlentscheidungen. Auch die Evakuierung erfolgte nur mit Verzögerung. Mit den Folgen haben die Menschen, besonders in den betroffenen Gebieten bis heute zu kämpfen. In Fukushima wiederholte sich ein Vierteljahrhundert später der GAU auf Grund eines Erdbebens. Beide Katastrophen spielten eine wichtige Rolle im Umgang mit den Folgen atomarer Unfälle. Von den Liquidatoren der ersten Stunden und Tage in Tschernobyl lebt heute keiner mehr. Die Zahl der Krebsfälle und Missbildungen bei Kindern und Neugeborenen sind nach wie vor auf einem erschreckend hohen Niveau. Nie wieder dürfen wir zulassen, dass es zum GAU kommt. Tschernobyl und Fukushima mahnen uns, all unsere Überzeugungskraft einzusetzen, um auch unsere Nachbarn und andere Ländern für einen endgültigen Abschied von der Atomkraft zu gewinnen.

Nein zu Fracking wie in den USA

#FRACKING – FORDERUNGEN IM VERGLEICH	
FRAKTION B90/DIE GRÜNEN	SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
<ul style="list-style-type: none">Neuer §49a Bundesberggesetz – Kein Aufbrechen von Gesteinen unter hydraulischem Druck	<ul style="list-style-type: none">Kein Fracking wie in den USAUmfassender TrinkwasserschutzScharfe Auflagen für die Verpressung von LagerstättenwasserVerpflichtende UmweltverträglichkeitsprüfungenScharfe Auflagen im WasserhaushaltsrechtScharfe Auflagen im BundesnaturschutzgesetzBefristung bestehender GenehmigungenVeto-Recht für die KommunenBeweislastumkehr bei ErdbebenMehr Transparenz für Bürgerinitiativen und Kommunen
Fazit: Schauenser-Antrag – ändert nichts an der herkömmlichen Erdgasförderung und schafft vor allem eines: Unsicherheit.	Fazit: Umfassendes Regelungspaket für schärfere Regeln bei der herkömmlichen Erdgasförderung und grundsätzl. Verbot von unkonventionellem Fracking: Schafft Sicherheit für Bürger, Behörden und Unternehmen.

„Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang“. Diese Festlegung zum Fracking im Koalitionsvertrag ist für uns der Maßstab. Wir wollen ein Gesetz, das die Umweltstandards für die bereits vorhandene Erdgasförderung verschärft. Wir wollen auch klare Regelungen und Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, für Behörden und für Unternehmen schaffen.

Nach heutigem Stand ist Fracking von Schiefer- und Kohleflözgas nicht verantwortbar, denn die Risiken für Mensch und Umwelt überwiegen die wirtschaftlichen Chancen. Um Wissenslücken zu schließen, halten wir in diesem Bereich allenfalls Erprobungsmaßnahmen in eng begrenztem Rahmen, unter strenger wissenschaftlicher und umweltfachlicher Aufsicht mit dem Zweck für zulässig, um die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Umwelt, den Untergrund und den Wasserhaushalt zu erforschen.

Wir sind fest überzeugt, dass das nur gemeinsam mit den Bundesländern gemacht werden kann. Deshalb streben wir gemäß des Koaliti-

onsvertrags eine Beteiligung der Länder im Rahmen möglicher Probebohrungen an.

Für uns steht fest, dass beim Fracking der Deutsche Bundestag entscheiden muss. Eine Expertenkommission kann den Bundestag beraten, aber nicht ersetzen!

Derzeit halten sich die Erdgasfirmen an ein faktisches Moratorium. Sie erwarten neue gesetzliche Regelungen, denn aktuell gibt es keine Rechtssicherheit.

Grüne und Linke versuchten diese Woche mit parlamentarischen „Spielchen“ die Koalition vorzuführen. Sie beantragten namentliche Abstimmungen zu Fracking ohne eine Debatte. Ein solcher, allein taktisch motivierter Winkelzug, wird der Problematik nicht gerecht, [wie mein Bundestagskollege Lars Klingbeil in einer persönlichen Erklärung auch entsprechend darlegte](#).

Ich setze nunmehr auf die Einigungsfähigkeit innerhalb der Großen Koalition und erwarte vom Koalitionspartner, den Gesetzentwurf zügig endabzustimmen. Weiterführende Informationen der SPD-Fraktion gibt es unter <http://www.spdfraktion.de/themen/nein-fracking-usa>.

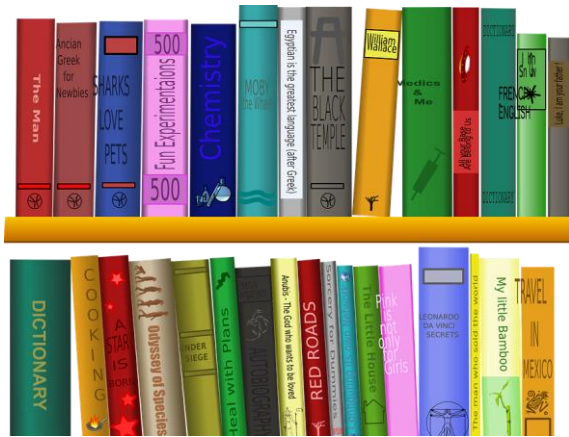
Schutz der sexuellen Selbstbestimmung



Gegenwärtig gibt es im deutschen Sexualstrafrecht Handlungen, die nicht erfasst werden, obwohl sie die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers verletzen und strafwürdig sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf! [Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen daher Strafbarkeitslücken, die in Zusammenhang mit sexueller Nötigung und Vergewaltigung bestehen, geschlossen werden](#).

Konkret soll sich strafbar machen, wer den Umstand ausnutzt, dass das Opfer Übles befürchtet, wer die Widerstandsunfähigkeit eines Opfers ausnutzt oder wer überraschende sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt. Daher sollen neue Straftatbestände eingeführt werden, mit denen sexueller Missbrauch unter Ausnutzung besonderer Umstände unter Strafe gestellt wird. Ziel soll es sein, Frauen und auch Männer besser als bislang vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Die SPD wird genau prüfen, ob weitere Änderungen erforderlich sind. Ziel jeder Gesetzgebung in diesem Bereich muss der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung sein

Buchpreisbindung erhalten



Für die Leserinnen und Leser, egal ob sie ein gedrucktes Werk oder ein E-Book genießen, wird es zukünftig einheitliche Preise geben. Das schützt auch Verleger, Autoren und Buchhandlungen. Für die SPD ist dabei insbesondere wichtig, die kleineren Buchläden in der Fläche zu erhalten und gute Rahmenbedingungen auch für kleine und mittlere Verlage zu schaffen.

[Ziel des geplanten Gesetzes zur Erhaltung der Buchpreisbindung ist es daher, die Vielfalt des Buchangebots in Deutschland zu erhalten und auch E-Books in die Regelung miteinzubeziehen.](#) Mit der Änderung wird klargestellt, dass E-Books dem festgeschriebenen Verkaufspreis unterliegen. Damit und mit der Festschreibung, dass die Preisbindung zudem für alle Verkäufe an Endkunden in Deutschland gelten soll, wird eine Regelungslücke geschlossen.

Netzwerk Berlin fordert Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie



Gemeinsam mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion hat das Netzwerk Berlin, dessen Sprecher ich bin, [Vorschläge unterbreitet](#), um eine Diskussion zur Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland anregen sollen. In unserem Positionspapier greifen wir Debatten der letzten Jahre auf. Denn die Verpflichtungen, in Sitzungen und als Kommunikator nach außen präsent zu sein, decken sich oft nicht mit dem Eindruck, den ein unterbesetztes Plenum hinterlässt. Zur Diskussion stehen unter anderem die Anzahl der Abgeordneten, die Gestaltung der Fragestunden, die Präsenz im Plenum, Änderungen bei der Immunität der Parlamentarier und das Wahlrecht. Die letzte Enquetekommission hierzu gab es in den 1970er Jahren.

Nötig ist eine Parlamentsreform aus einem Guss statt Flickschusterei. Wir fordern eine Enquete-Kommission in der alle Fraktionen gemeinsam mit Sachverständigen sämtliche Aspekte einer umfassenden Parlamentsreform fundiert beraten, um am Ende zu einem überfraktionell getragenen Ergebnis zu kommen. Dann sieht man auch, wer mit dem Status Quo zufrieden ist und bremst, aber auch, wer weiter denkt.

Berichterstattegespräch zur Reform der Ausbildung der Pflegeberufe



Die Herausforderungen in der Pflege sind groß. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird stark steigen und zudem erfreuen sich Ausbildung und Beruf als Pflegefachkraft nicht großer Beliebtheit. Um den Herausforderungen zu begegnen und die Attraktivität zu steigern, wird derzeit im Bundestag eine Reform des Pflegeberufgesetzes vorbereitet. In der vergangenen Sitzungswoche trafen sich deshalb Mitglieder der SPD-Arbeitsgruppen Bildung und Forschung, Gesundheit sowie Familie und Jugend zu einem Berichterstattegespräch.

Der ressortübergreifende Austausch galt bestimmten Punkten der Reform, die aus Sicht der SPD noch nicht abschließend geklärt waren. Dazu zählten unter anderem die Ausgestaltung der Ausbildung in der dualen Ausbildung und den Hochschulen; das Verhältnis und die Vereinbarkeit von theoretischen und praktischen Ausbildungsteilen sowie die Verzahnung der Schulen und Hochschulen mit den ausbildenden Unternehmen.

Herzliche danke ich auch noch einmal den Betroffenen aus dem Wahlkreis, die mir noch einmal wichtige Hinweise für die Beratungen gegeben haben.

„Ebblewoi“ in Berlin - 7. Berliner Apfelweinstich



© Frank Osenbrink

Neben den ernsten und wichtigen politischen Themen und Terminen in dieser Sitzungswoche, hatten wir am Mittwochabend etwas zu feiern. Bereits zum siebten Mal lud die SPD-Landesgruppe Hessen, Verbund aller hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten, gemeinsam mit dem SPD-Landesverband Hessen, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft sowie Kultur und Medien zum sogenannten Apfelweinstich in die hessische Landesvertretung in Berlin ein. Der Apfelweinstich ist die alljährliche Gelegenheit, Hessen auch in Berlin den Ruhm zu verschaffen, den es verdient hat! Als Ehrengast dieses Jahr war die neue Generalsekretärin der SPD, Katarina Barley. Außerdem waren rund 350 Gäste aus Berlin und Hessen gekommen um Hessen und seine kulinarischen Köstlichkeiten gebührend zu feiern und den gemeinsamen Austausch zwischen Land und Bund zu fördern. In geselliger und familiärer Atmosphäre tauschten sich Bundestagsabgeordnete, hessische Landtagsabgeordnete, zahlreiche Vertreter der kommunalen Familie aus Hessen, sowie hochrangige Vertreter der hessischen Wirtschaft und der Gewerkschaften, aus.

Mädchen in die Politik!



Der Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion ist ein fester Termin in meinem Kalender. Anlässlich des Girls' Day waren 70 Schülerinnen zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin und konnten sich so einen Eindruck von der vielfältigen Arbeit verschaffen. Auf dem Programm standen die Besichtigung des Reichstagsgebäudes, ein gemeinsames Frühstück mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin Petra Ernstberger, ein Foto mit dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, der Besuch einer Plenarsitzung und die Teilnahme an einem Planspiel. Außerdem konnten sich die Mädchen bei einer Diskussionsrunde mit erfahrenen Politikerinnen über den Beruf „Politikerin“ informieren. Die 15-jährige Salome Ax von der Limeschule Idstein verbrachte auf Einladung von mir den Tag im Deutschen Bundestag. „Ich finde es spannend zu sehen und zu begreifen, wie unsere Gesellschaft aufgebaut ist. Die Möglichkeit, einen Einblick hinter die Kulissen des Bundestags und in den Alltag von Martin Rabanus zu erlangen, hat mir vor allem gezeigt, dass Politik alles andere als langweilig ist. Es wirkt wie ein spannender und interessanter Beruf, bei dem ich mir vorstellen könnte, ihn später auch auszuüben.“, fasste Salome Ax ihre Eindrücke zusammen.

Förderbescheidübergabe für Breitbandausbau



Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat in dieser Woche 63 Förderbescheide für Mittel aus dem milliardenschweren Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau übergeben, darunter auch der Rheingau-Taunus-Kreis und der Landkreis Limburg-Weilburg. Mit dem Programm sollen unterversorgte Gebiete nun einen Netzzugang von mindestens 50 Mbit pro Sekunde erhalten. Kommunen und Landkreise mit unterversorgten Gebieten erhalten damit bis zu 50.000 Euro. Mit dem Geld können Ausbauprojekte für schnelles Internet geplant und Anträge auf Bundesförderung gestellt werden. In einem zweiten Schritt vergibt das BMVI bis zu 15 Millionen Euro je Projekt, um die Umsetzung von Ausbauprojekten zu fördern. Das ist ein guter Schritt für den Wahlkreis.

Denn nun wird mit dem Bundesförderprogramm der Netzausbau technologieneutral gefördert. Der Fördersatz beträgt 50-70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Weil das Bundesprogramm aber noch mit Förderprogrammen der Länder kombiniert ist, kann die Förderung sogar bis zu 90 Prozent gesteigert werden.

Nach der Kommunalwahl

Das Ergebnis der Kommunalwahl im Rheingau-Taunus-Kreis war nicht einfach, hat es doch keinem der „üblichen Lager“ eine Mehrheitsbildung im Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises ermöglicht. Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich angesichts der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im neuen Kreistag auf ein Verfahren für die konstituierende Kreistagssitzung am 3. Mai geeinigt. Getragen ist diese Vereinbarung von dem Wunsch, dem neuen Kreistag einen guten Start in die Wahlzeit 2016-2021 zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen die beiden Fraktionen wichtige Personalentscheidungen ohne die Stimmen der neuen AfD-Fraktion treffen. Die Einigung eröffnet auch den anderen Fraktionen im Kreistag die Chance, durch Listenverbindungen ihre Abstimmungsergebnisse zu verbessern.

Im Kreis Limburg-Weilburg haben zum ersten Mal fünf relativ kleine Gruppen die Sitzverteilung im Kreistag zu Ungunsten der beiden großen Parteien beeinflusst. Die SPD hat trotz dieses Hintergrundes nur einen Sitz verloren und damit ein relativ ansehnliches Ergebnis erzielt. Die bewährte große Koalition soll auch in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt werden, um mit stabilen Mehrheiten Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger herbeizuführen. Für die SPD ist dabei klar, dass sie der direkten Auseinandersetzung mit der AfD nicht ausweichen, sondern sie in die rechte Ecke stellen wird, in die sie gehört.

Termine

30.04.2016:

09.30 – Parteitag SPD Rheingau-Taunus (Bürgerhaus Kiedrich)

16.00 – Einführung Dekanatssynodalvorstand (St. Peter auf dem Berg, Taunusstein)

01.05.2016:

10.00 – 1. Mai-Kundgebung Limburg (Kauflandgelände, Limburg)

13.00 – 1. Mai-Fest in Idstein-Heftrich (Willi-Mohr-Halle)

15.00 – 1. Mai-Feier SPD Main-Taunus/SPD Hattersheim (Radfahrerhalle, Hattersheim)

02.05.2016:

11.00 – Diskussion anl. EU-Projekttag (Limeschule, Idstein)

19.00 – Stammtisch Arbeiterkind ("Baron" (Uni-Campus Mainz)

03.05.2016:

09.30 – Podiumsdiskussion (Gymnasium Taunusstein)

15.00 – Kreistag

Termine in kursiv sind öffentlich

Pressemitteilungen

27.04.2016: [Internationaler Tag des Lärms](#)

25.04.2016: [Martin Rabanus wirbt für Wissenschaftspreis 2017](#)

19.04.2016: [„Die Welt zu Gast“ im Rheingau-Taunus-Kreis](#)